

Mrd.HK\$ (rd. 15,2 Mrd.US\$) plus Devisenreserven bei der Übergabe Hongkongs zu hinterlassen. -ni-

*(31)

Aktuelle Wirtschaftsdaten von Hongkong

Außenhandel: In den ersten acht Monaten hatten die Gesamtexporte gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Zuwachsrate von 11% zu verzeichnen. Während die Reexporte um 14% auf 599,7 Mrd.HK\$ (76,9 Mrd.US\$) stiegen, fielen die Eigenexporte um 2,7% auf 140,3 Mrd.HK\$ (18 Mrd.US\$). Auf der anderen Seite kletterten zugleich die Importe im selben Zeitraum um 13% auf 792,4 Mrd.HK\$ (102 Mrd.US\$). Die Handelsbilanz wies ein Defizit von 52,4 Mrd.HK\$ (6,7 Mrd.US\$) auf. (XNA, 30.9. und 15.10.94)

Im ersten Halbjahr hat der Hafen 5,1 Mio. Container mit dem Standard von 20 foot Länge abgefertigt, 22,6% mehr als vor einem Jahr (4,17 Mio.). Damit bleibt Hongkong weltweit die führende Position auf diesem Sektor.

Industrieproduktion: Der Index der Industrieproduktion fiel im zweiten Quartal d.J. beim Jahresvergleich um 0,8%. (XNA, 15.10.94) Die Auftrags-eingänge der verarbeitenden Industrie stiegen im August d.J. gegenüber dem Vorjahresmonat um 13%. (XNA, 21.10.94)

Tourismus: Die Zahl der Touristen hatte im August d.J. im Vergleich zum Vorjahresmonat eine Zunahme von 1,8% zu verzeichnen, damit lag sie niedriger als die durchschnittliche Monatszuwachsrate von 3,4% in den ersten acht Monaten d.J. (AWSJ, 10.10.94) Die Hotelauslastung aller Kategorien sank in den ersten neun Monaten auf 83% von 86% im Vorjahreszeitraum. (AWSJ, 1.11.94)

Einzelhandel: Der Einzelhandelsumsatz hat von Januar bis August d.J. im Wert um 13% und im Volumen um 7% zugelegt. (XNA, 25.10.94)

Arbeitslose und Inflation: Im dreimonatigen Zeitraum von Juli bis September d.J. betrug die Arbeitslosenquote saisonbereinigt den provisorischen Statistiken zufolge 2,3% und die Unterbeschäftigungsquote 1,1%. (XNA, 18.10.94) Die Inflationsrate fiel im September auf 8,6% von 9,8% im Vormonat. (XNA, 22.10.94) -ni-

Yu-Hsi Nieh

Zur politischen Lage in Taiwan

(II)

China- und Außenpolitik

I Chinapolitik

Vom 27.-29.April 1993 fanden in Singapur historische Verhandlungen zwischen beiden chinesischen Seiten statt. Die Vorsitzenden der beiden halbamtlichen Institutionen, der SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und der ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Strait) vom chinesischen Festland, haben bei ihrer dreitägigen Begegnung Gespräche über die Verbesserung der "chinesisch-chinesischen" Beziehungen geführt. SEF und ARATS gelten juristisch als private Organisationen, aber sie werden von ihrer jeweiligen Regierung finanziert und beauftragt, die praktischen Angelegenheiten bezüglich der bilateralen Beziehungen beider Seiten zu behandeln. SEF-Vorsitzender Gu Zhenfu (Koo Chen-fu) ist Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralexekutivkomitees der Regierungspartei KMT (Kuomintang) in Taiwan, und ARATS-Vorsitzender Wang Daohan ist der Ex-Bürgermeister von Shanghai und Mitglied des Beratungskomitees der KPCh; beide haben gute persönliche Beziehungen zu ihrem jeweiligen Staatsoberhaupt und Parteichef Li Denghui (Lee Teng-hui) bzw. Jiang Zemin.

Formell gibt es bislang immer noch keine offiziellen und direkten Kontakte zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Taipei verlangt Verhandlungen nur zwischen zwei gleichberechtigten politischen Gebilden eines chinesischen Staates. Hingegen will Beijing Taipei lediglich als eine lokale Regierung betrachten und beharrt auf Verhandlungen zwischen der KPCh und der KMT, also den beiden Regierungsparteien.

Zunächst waren die Rote-Kreuz-Organisationen auf beiden Seiten beauftragt worden, die Probleme, die infolge der seit 1987 zunehmenden Verbindungen für die Zivilbevölkerung entstanden, zu regeln. Beide unterzeichneten am 13.September 1990 in Jinmen (Kinmen, Quemoy) eine Vereinbarung über die gegenseitige Abschiebung von illegalen Einwanderern und Straftätern. 1991 wurden dann nacheinander die SEF und die ARATS gegründet.

Im März und Oktober 1992 trafen die Vertreter von SEF und ARATS auf einer niedrigeren Ebene in Beijing bzw. Hongkong zusammen, um über die gegenseitige Beglaubigung und Anerkennung von Urkunden sowie Nachforschung nach Posteinschreibsendungen zu verhandeln. Ein Erfolg scheiterte daran, daß Beijing den Begriff von "einem China" in eine Übereinkunft hatte aufnehmen wollen und daß sich beide Seiten über die Bedeutung von "einem China" nicht einigen konnten. Jede Seite betrachtete sich als das richtige China. Der Durchbruch kam am 10. April 1993, als der damalige SEF-Generalsekretär Qiu Jinyi (Cheyne Chiu) und der ARATS-Vizevorsitzende Tang Shubei sich schließlich doch überraschend schnell auf die Agenda der Gespräche zwischen Gu und Wang in Singapur einigen konnten. Gleichzeitig wurden außerdem noch zwei Vereinbarungen über die gegenseitige Nachprüfung von verwendeten notariell beglaubigten Urkunden und über die Nachforschung nach Posteinschreibsendungen und Kompensationen zwischen beiden Seiten paraphiert.

Bei den Verhandlungen in Singapur haben Gu und Wang insgesamt vier Dokumente unterzeichnet. Neben den bereits genannten paraphierten Vereinbarungen sind dies noch eine Vereinbarung über die Beziehungen der beiden Organisationen und eine über weitere Verhandlungsthemen wie z.B. die Repatriierung illegaler Einwanderer, die gemeinsame Bekämpfung des Schmuggels auf dem Meer, über Fischereistreitigkeiten und andere Kriminalität, den Schutz von Geistesbesitzrechten, die Zusammenarbeit von Justizorganen, über Wirtschaftsaustausch, Zusammenarbeit bei der Erschließung von Energiequellen und Ressourcen sowie kulturellem und technischem Austausch.

Beide Seiten bezeichneten einerseits die Verhandlungen als unpolitisch, andererseits bewerteten sie deren Bedeutung aber auch hoch. Die halbamtlichen Verhandlungen in Singapur waren also zwar ein kleiner Schritt zur "chinesisch-chinesischen" Annäherung, doch werden weitere Schritte erwartet oder sind bereits programmiert. Als eine Konzession von Beijing, die für den ersten Schritt entscheidend war, gilt der Verzicht auf die Verankerung des Prinzips von "einem China" in den Vereinbarungen. Ursprünglich gab es auch Schwierigkeiten mit der Datierung der vereinbarten Dokumente, da Taiwan im Unterschied zu Beijing eine eigene offizielle Jahresbezeichnung der Republik China hat. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, nur Tag und Monat der Unterzeichnung der Vereinbarungen zu vermerken, unter Weglassung der Jahresangabe.

Es dauerte wieder über ein Jahr lang, bis ein neuer Durchbruch in den Verhandlungen zwischen der SEF und der ARATS, geführt von deren stellvertretenden Vorsitzenden Jiao Renhe (Chiao Jen-he) bzw. Tang Shubei, Anfang August 1994 in Taipei zustandekam. In einer gemeinsamen Presseerklärung hieß es, Konsens sei in einer Reihe von Fragen erzielt worden wie Verstärkung ihrer Verbindungen und Kommunikation, Erweiterung des Bereichs gegenseitige Beglaubigung von Urkunden, Ermöglichung von Eilsendungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße, Verbesserung der Telefonverbindungen, Förderung von Seminaren über bilaterale Handels-

fragen, die von privaten Organisationen oder wissenschaftlichen Instituten veranstaltet werden, und gegenseitige Unterstützung bei Klärung von Erbschaftsfragen. In einem Anhang zur schriftlichen Presseerklärung werden noch konkrete Programme zum Kultur-, Technik- und Jugendaustausch sowie für gegenseitige Journalistenbesuche aufgeführt.

Die wichtigsten Vereinbarungen jedoch sind in der Presseerklärung nur kurz erwähnt: die Regelungen über die Repatriierung von illegalen Einwanderern, die Auslieferung von Flugzeugentführern und die Beilegung von Fischereistreitigkeiten. Da es hier um das Hoheitsrecht geht, müssen sie offenbar noch von den jeweiligen Regierungen abgesegnet und anschließend beim nächsten Gipfeltreffen von SEF und ARATS endgültig unterzeichnet werden.

Nach den veröffentlichten Paraphierungstexten sollen Flugzeugentführer prinzipiell an die Seite ausgeliefert werden, deren Maschine entführt wurde. Gehört ein Entführer zu der Seite, wo das Flugzeug landet, muß er dort vor Gericht gestellt werden, d.h. es findet keine Auslieferung statt. In Sonderfällen, wo eigene Interessen ernsthaft betroffen sind, kann die aufgeforderte Seite über eine Auslieferung entscheiden. Es sollen dabei auch humanitäre Belange berücksichtigt werden. Bei einer Freiheitsstrafe kann die Haftdauer des Flugzeugentführers vor der Auslieferung abgezogen werden.

Zwischen April 1993 und Februar 1994 sind 11 Zivilflugzeuge der VR China nach Taiwan entführt worden - Grund genug für Beijing, auf eine Lösung dieses Problems zu drängen. Bisher hatte es die sofortige Herausgabe von Entführer samt Maschine von Taiwan gefordert, während Taiwan den Entführern nach eigenen Gesetzen den Prozeß machte. Die diesbezügliche Vereinbarung, die jetzt zwischen der SEF und der ARATS erzielt werden konnte, ist eindeutig eine Konzession Beijings, denn damit wird Taiwans Gerichtbarkeit praktisch anerkannt. Zufriedenstellend ist für Taiwan ebenfalls die Tatsache, daß die Prinzipien für die Auslieferung von Flugzeugentführern auch anwendbar sind bei der Behandlung von anderen Verbrechenarten.

In der Vereinbarung über die Beilegung von Fischereistreitigkeiten auf See hat Beijing akzeptiert, daß "Schiffe des öffentlichen Dienstes" (Patrouillenboote) jeder Seite in ihrem Aktionsbereich Beweise sicherstellen und Vergleiche oder Vergleichsversuche unter den Betroffenen anstellen können. Taiwan sieht dies als eine gewisse Anerkennung des gegenseitigen Hoheitsrechts.

Als großes Entgegenkommen Beijings zählt auch das Zugeständnis, die Repatriierung illegaler Einwanderer zu regulieren. Gegenwärtig gibt es in Taiwan mehrere tausend Schwarzarbeiter aus dem chinesischen Festland. Enttäuscht ist Taiwan jedoch darüber, daß Beijing sich nach wie vor weigert, eine Vereinbarung über Investitionsgarantien zu unterzeichnen. Taiwan ist nach Hongkong der zweitgrößte externe Investor auf dem chinesischen Festland.

Während seines Aufenthalts in Taiwan hatte sich Tang Shubei ursprünglich gewünscht, Huang Kunhui (Huang Kun-huei), den Vorsitzenden des Komitees für die Angelegenheiten des Festlands unter dem Exekutivvuan (Kabinett), zu besuchen. Dies scheiterte aber schließlich daran, daß Huang ihn nicht privat, sondern nur in seinem Büro empfangen wollte. Hier zeigte sich wieder die Schwierigkeit einer "offiziellen" Annäherung beider chinesischen Seiten. Bei der von Tang gegebenen Abschiedsfeier zitierte Huangs Stellvertreter, Gao Konglian (Kao Koong-lian), der in seiner Funktion als Aufsichtsratsmitglied der SEF anwesend war, eine Weisheit aus dem *Xunzi*: "buji kuibu, wuyi zhiqianli" ("ohne die Anhäufung von halben Schritten ist die Distanz von tausend Li nicht zu erreichen").

Die Beijinger Führung hat bereits 1979 mit ihren Friedensoffensiven gegenüber Taiwan begonnen. Ende August 1993 hat die Regierung ein Weißbuch unter dem Titel "Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chinas" veröffentlicht. Es wirbt unermüdlich um Taiwan, das früher als Erzfeind galt. Unter dem Motto "ein Land, zwei Systeme" bietet es an, nach einer Wiedervereinigung beider Seiten in Taiwan eine "hochgradige Autonomie" zu bilden, und zwar mit eigener Verwaltung, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Armee sowie gewissen außenpolitischen Befugnissen wie z.B. Unterzeichnung von Handels- und Kulturverträgen mit dem Ausland. "Um die Feindseligkeiten zu beenden und die friedliche Wiedervereinigung zu verwirklichen, sollten beide Seiten baldmöglichst Kontakt aufnehmen und Verhandlungen führen", fordert Beijing auf. Auf der anderen Seite will es aber, wie bereits erwähnt, keine Regierungsgespräche, sondern Verhandlungen zwischen den Parteien führen, um damit, so die Befürchtung, seinen Anspruch auf die "einzige legitime" Regierung für ganz China einschließlich Taiwans nicht in Frage zu stellen.

Taiwan hat erst seit 1987 seine Chinapolitik allmählich gelockert. Im Februar 1991 wurde ein "Programm zur nationalen Vereinigung" proklamiert. Das Grundsatzdokument sieht für die Verwirklichung der chinesischen Wiedervereinigung drei Etappen vor. Erste Etappe: Kurzfristig sollen beide Seiten sich gegenseitig als ein "politisches Gebilde" anerkennen und sich in der internationalen Gesellschaft gegenseitig respektieren statt zu versuchen, einander zu verdrängen. Während in der ersten Etappe sich die Kontakte beider Seiten auf die inoffizielle Ebene beschränken, sollen in der zweiten Etappe, also mittelfristig, offizielle und gleichberechtigte Kontakte zwischen beiden Seiten aufgenommen werden. Dies schließt direkte Post-, Verkehrs- und Handelsverbindungen sowie gegenseitige Besuche auf hoher Ebene ein. Außenpolitisch sollen sich beide Seiten auf der Basis von Konsultationen und Zusammenarbeit an internationalen Organisationen und sonstigen Aktivitäten beteiligen. Danach, in der dritten Etappe, soll eine gemeinsame Konsultationsorganisation gegründet werden, die entsprechend den Wünschen der Bevölkerung beider Seiten und gemäß den Prinzipien von Demokratie, freier Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit und staatlicher Kontrolle der Streitkräfte über die große Aufgabe der nationalen Vereinigung berät und eine Verfassung zur Gründung eines chinesischen Reiches im Zeichen von Demokratie, Freiheit und Wohlstand für alle ausarbeitet.

Am 5. Juli 1994 veröffentlichte auch Taipei ein Weißbuch über seine Chinapolitik. Darin wird die Ansicht wiederholt, daß die chinesische Wiedervereinigung nur durch einen langen Prozeß zu erreichen sei. Gegenwärtig gebe es "ein China, zwei gleichberechtigte politische Gebilde". Beijing wird aufgefordert, Taiwan nicht international zu isolieren und auf Gewaltanwendung gegen Taiwan zu verzichten. Sollten sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nicht positiv entwickeln, könnte, so wird im Weißbuch gewarnt, der Separatismus in Taiwan wachsen. Die chinesische Wiedervereinigung müsse nach den Prinzipien von Frieden, Gleichheit und Gegenseitigkeit verfolgt werden, und sie mache erst dann Sinn, wenn alle Chinesen Demokratie, Freiheit und Wohlstand genießen könnten. Infolgedessen fordert Taiwan die Führung in Beijing auf, die Wirtschaftsreform zu beschleunigen und gleichzeitig umfassende politische Reformen durchzuführen.

Beide Seiten sprechen von der Einheit Chinas, haben dabei jedoch unterschiedliche Einstellungen zu den Modalitäten und dem Tempo der Wiedervereinigung. Während Beijing beabsichtigt, sich Taiwan - wie Hongkong - unter dem Motto "ein Staat, zwei Systeme" als Sonderverwaltungszone der VR China einzuverleiben, möchte sich Taiwan dagegen mit dem chinesischen Festland erst dann vereinigen, wenn der Kommunismus dort eine Wandlung erfährt.

Trotz des politischen und ideologischen Abstands macht sich die wirtschaftliche Integration auf beiden Seiten der Taiwan-Straße bemerkbar. Infolge der steigenden Lohnkosten in Taiwan wurden viele arbeitsintensive Produktionen von der Insel auf das Festland ausgelagert. Da Taiwan aber keine direkten Verbindungen mit dem kommunistischen Festland erlaubt, werden die Investitionen über Dritttorte, vor allem über Hongkong, abgewickelt. Ende 1993 erreichte die Investitionssumme kumulativ eine Höhe von 20 Mrd. US\$, womit Taiwan, wie bereits erwähnt, hinter Hongkong an der zweiten Stelle unter allen externen Investoren auf dem chinesischen Festland liegt. Einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge hat die VR China im ersten Halbjahr 1994 Waren im Wert von 880 Mio. US\$ (+60%) nach Taiwan aus- und 6.600 Mio. US\$ (+20%) von dort eingeführt. Damit ist Taiwan - noch vor der Bundesrepublik Deutschland - zum viertgrößten Handelspartner der VR China geworden, die ihrerseits wiederum Taiwans viertgrößten Absatzmarkt darstellt. Schon seit einigen Jahren ist Taiwans Handelsüberschuß immer mehr von den Exporten nach dem Festland abhängig geworden. Ohne den Exportüberschuß gegenüber diesem Markt hätte Taiwan längst ein Handelsdefizit hinnehmen müssen.

Um die Abhängigkeit vom Markt des chinesischen Festlands abzubauen, versucht die Regierung in Taipei unter dem Motto "Süd-Politik", die taiwanesischen Investitionen von dort nach Südostasien abzuleiten. Dies fand jedoch wenig Echo bei den Privatunternehmern, die sich in erster Linie am Profit orientieren. Allerdings sind sie neuerdings durch Schwankungen in den politischen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

stark beunruhigt. Taiwan suspendierte Mitte April d.J. den Kulturaustausch mit dem chinesischen Festland, nachdem 24 taiwanische Touristen Ende März bei einer Schiffsfahrt auf dem Qiandao-(Tausendinseln-)See in der ostchinesischen Provinz Zhejiang ermordet worden waren und die Behörden dort die Untersuchung des Vorfalls nur schlampig vorgenommen hatten. Präsident Li Denghui beschimpfte die chinesischen Kommunisten als "Banditen". Die Zahl der taiwanischen Reisenden auf dem chinesischen Festland ist seither drastisch gesunken.

In einem im japanischen Wochenblatt *Shukan Asahi* (5.-13. Mai 1994) veröffentlichten Interview sagte Li, daß es ein "kurioser Traum" der chinesischen Kommunisten sei, Taiwan als Provinz der VR China anzusehen. "Taiwan und das Festland haben verschiedene Regierungen" und China sei ein "verschwommener Begriff", meinte er. Er verglich seine Politik für die Zukunft Taiwans mit dem biblischen "Auszug aus Ägypten" und betonte, es habe bereits begonnen. Dies stieß auf scharfe Kritik von seiten Beijings. Li wurde davor gewarnt, Taiwan zur Unabhängigkeit von China zu treiben.

Kaum war eine Verbesserung der Atmosphäre durch das o.g. Treffen der stellvertretenden Vorsitzenden der SEF und der ARATS Anfang August d.J. in Taipei eingetreten, gerieten beide chinesischen Seiten im September wiederum in einen heftigen "diplomatischen Krieg" infolge Taiwans Bemühungen um die Rückkehr in die UNO. Auf beiden Seiten der Taiwan-Straße wurden auch militärische Übungen abgehalten.

II Außenpolitik

Zur Zeit unterhält Taiwan volle diplomatische Beziehungen nur noch mit 29 Staaten, davon sind 16 in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay), acht in Afrika (Burkina Faso, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu) und ein Staat in Europa (Staat der Vatikanstadt). Lateinamerika und Afrika sind also die letzten wichtigen Stützpunkte Taiwans im "diplomatischen Kampf" mit Beijing. Wie oben bereits erwähnt, beharrt Beijing nach wie vor auf seinem Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwan, während Taiwan seit Ende der 80er Jahre unter dem Motto "flexible" und "pragmatische" Diplomatie eine "Doppelerkennung" befürwortet, d.h. Anerkennung zweier chinesischer Regierungen. Durch großzügige Wirtschaftshilfen konnte Taiwan vor allem die armen und kleinen lateinamerikanischen und afrikanischen Länder gewinnen und halten. Außerdem gelang es Taiwan in den letzten Jahren, seine "inoffiziellen" oder "halbamtlichen" Beziehungen zu zahlreichen Industriestaaten zu verbessern, nachdem diese ihre diplomatischen Beziehungen mit Beijing infolge der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 in der VR China abkühlen ließen.

Anfang 1994 startete Taiwan eine "Urlaubsdiplomatie"-Offensive. Im Januar und Februar statteten Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) und Staatspräsident Li Denghui nacheinander den ASEAN-Staaten Malaysia, Singapur, den Philippinen, Indonesien und Thailand "private" Besuche ab und trafen dort mit den Regierungschefs bzw. Staatsoberhäuptern zusammen. Alle diese Staaten unterhalten diplomatische Beziehungen nicht mit Taiwan, sondern mit Beijing. Vom 4.-16. Mai besuchte Li weitere vier Staaten: Nicaragua, Costa Rica, Südafrika und Swasiland; es war die erste offizielle Auslandsreise eines Präsidenten der Republik China seit 17 Jahren. Vom 31. Mai bis 5. Juni stattete Lian zwei anderen lateinamerikanischen Staaten, nämlich El Salvador und Guatemala, einen offiziellen Besuch ab und machte vom 5. bis 7. Juni "Urlaub" in Mexiko, wo er den mexikanischen Staatspräsidenten traf. Mexiko ist das einzige Land in Mittelamerika, das statt mit Taiwan mit Beijing diplomatische Beziehungen unterhält.

Auf der UNO-Vollversammlung in diesem Jahr in New York haben 12 taiwanfreundliche Staaten aus Lateinamerika, Afrika und dem pazifischen Raum (Burkina Faso, Zentralafrikanische Republik, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Nicaragua, Niger, St. Vincent und die Grenadinen, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, Salomon-Inseln und Swasiland) einen Antrag eingebracht, unter dem Prinzip der Universalität der UNO-Mitgliedschaft einen Sonderausschuß zur Diskussion einer Wiedezulassung der Republik China in Taiwan, die eine Bevölkerung von 21 Millionen hat, einzusetzen. Im Allgemeinen Ausschuß sprachen sich sieben Staaten für und 17 gegen den Antrag aus. Schließlich entschied der Vorsitzende des Allgemeinen Ausschusses ohne förmliche Abstimmung, den Antrag mangels Konsens nicht auf die Tagesordnung der 49. Vollversammlung zu setzen.

Trotzdem bewertet es Taiwan als einen Erfolg, weil sich sowohl die Zahl der Initiatoren als auch die der Befürworter des Antrages im Vergleich zum letzten Jahr verdoppelt hatte. Außerdem wurde damit nochmals auf die Taiwanfrage in der Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht. 1971 war Taiwan aus der UNO ausgeschlossen worden, als die Weltorganisation die chinesische Mitgliedschaft an Beijing erteilte.

Am 7. September gab Washington nach langen Überlegungen eine neue Taiwanpolitik bekannt. Es handelt sich dabei allerdings nur um einige Nuancen in den "inoffiziellen" Beziehungen der USA zu Taiwan. Danach kann die taiwanische halbamtliche Vertretung in den USA den neuen Namen "Taipei Economic and Cultural Representative Office" tragen anstatt der bisherigen Bezeichnung "Coordination Council for North American Affairs". Hochrangige Beamte und Politiker aus Taiwan, die für Wirtschaft, Handel und Technik zuständig sind, dürfen dienstlich die entsprechenden US-Behörden mit Ausnahme des Weißen Hauses und des State Department besuchen. US-Beamten ist ebenfalls erlaubt, dienstlich nach Taiwan zu reisen und dortige Behörden auf allen Regierungsebenen zu besuchen. Am 8. September führte der halbamtliche US-Vertreter in Taiwan, Lynn Pascoe, sofort ein Gespräch mit Außenminister Qian Fu (Fre-

drick Chien) in dessen Büro - das war der erste Besuch eines US-Vertreters im Taipeier Außenministerium seit 15 Jahren. Als Konsequenz der Anerkennung Beijings als die legitime Regierung Chinas hatte Washington 1979 seine diplomatischen Beziehungen zu Taipeï abgebrochen.

Während die Taipeier Regierung mit der kleinen Verbesserung der US-Taiwanpolitik nicht ganz zufrieden ist, sprach Beijing von einer potentiell "explosiven Angelegenheit". Vize-Außenminister Liu Huaqing zitierte den US-Botschafter in der VR China, Stapleton, zu sich und warf Washington vor, sich in die "inneren Angelegenheiten" Chinas einzumischen und "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" schaffen zu wollen.

Neben der "flexiblen" und "Urlaubs"-Diplomatie warf Beijing Taiwan außerdem "Sportdiplomatie" vor. Ursprünglich war Li Denghui zur Eröffnungsfeier der 12. Asiatischen Olympiade im Oktober d.J. in Hiroshima eingeladen worden. Unter dem Druck Beijings hat Japan dann die Einreise Lis abgelehnt. Da Tokyo jedoch dem Vizeministerpräsidenten der Taipeier Regierung, Xu Lide (Hsu Li-teh), die Reise nach Hiroshima erlaubte, for die chinesische Regierung als Vergeltungsmaßnahme die gegenseitigen hochrangigen Besuche mit Japan ein.

Einem Bericht der Hongkonger englischsprachigen Tageszeitung *South China Morning Post* vom 8. September 1994 zufolge hat Beijing einen diplomatischen "Kriegsplan" zur Isolierung Taiwans verfaßt. Danach wird Beijing alle verfügbaren wirtschaftlichen und diplomatischen Ressourcen mobilisieren, um Taiwans außenpolitische Expansion und seine Rückkehr in die internationale Gemeinschaft zu verhindern. Um die armen Staaten, zu denen Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält, an sich zu binden, wird Beijing ebenfalls das Mittel der "Gelddiplomatie" anwenden.

Liu Jen-Kai

Neubesetzungen in den Führungsgremien der Kommunistischen Partei Chinas

Kurzbiographien von Huang Ju, Wu Bangguo und Jiang Chunyun

Auf der 4. Plenartagung des XIV. ZK der KPCh, die vom 25. bis 28. September 1994 in Beijing stattfand, stieg der Bürgermeister von Shanghai Huang Ju ins Politbüro auf. Er nahm den durch den Tod des früheren Tianjiner Parteisekretärs Tan Shaowen freigewordenen Platz ein. Wu Bangguo, Mitglied des Politbüros und bis zu dem Zeitpunkt Parteisekretär von Shanghai, und Jiang Chunyun, ebenfalls Mitglied des Politbüros und bis dato Parteisekretär der Provinz Shandong, wurden Mitglieder des ZK-Sekretariats. Das ZK-Sekretariat ist das Geschäftsorgan des Politbüros und dessen Ständigem Ausschuß. Die Wahl erfolgte am 28. September. Auf Huang Ju entfielen nach einer Meldung der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang (The Trend Magazine)* 239 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen. Wu Bangguo wurde mit 231:24:44 Stimmen (bei diesem Ergebnis muß eine Zahl falsch sein, denn die Summe ergibt nicht 289 - die Zahl der anwesenden ZK-Mitglieder und Kandidaten - wie bei den beiden anderen Gewählten) und Jiang Chunyun mit 211:38:40 Stimmen gewählt.¹ Aufgrund eines ZK-Beschlusses vom 29. September 1994 wurde Huang Ju auch neuer Parteisekretär von Shanghai und löste somit Wu Bangguo ab.² Huang Ju und Wu Bangguo gelten als Schützlinge von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin, der mit diesen beiden Ernennungen seine Machtbasis in der Zentrale weiter ausbauen kann. Beide gelten aber auch als enge Vertraute von Zhu Rongji, dessen Nachfolge im Amt des Bürgermeisters bzw. Parteisekretärs sie in Shanghai antraten.

Die Hongkonger Zeitung *Lianhe Bao* spricht von einer neuen "Viererbande" aus Shanghai. "18 Jahre nach der alten 'Shanghai-Bande' (*Shanghai bang*), die aus Wang Hongwen, Jiang Qing, Zhang Chunqiao und Yao Wenyan bestand, ist eine neue 'Shanghai-Bande', die sich aus Jiang Zemin, Zhu Rongji, Wu Bangguo und Huang Ju zusammensetzt, im Politbüro aufgetaucht."³ Laut *Lianhe Bao* würde es Jiang Zemin auch gern sehen, wenn Wu Bangguo in den Staatsrat aufgenommen und zum stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert würde.⁴

Berichtigung: In Hu Jintaos Biographie in C.a., 1994/8, S.846, muß es nach Anm.28 richtig heißen: Hu Jintao übernahm in Guizhou noch die Posten des Ersten Sekretärs des Parteikomitees des Militärbezirks Guizhou ...